

# Sozialrechts- monitor

Europäische Trends

2021



**solidar**



TOGETHER FOR  
SOCIAL EUROPE

FEPS  
FOUNDATION FOR EUROPEAN  
PROGRESSIVE STUDIES



# Einleitung

	EU-28 2018	EU-28 2019	EU-28 2020
<b>GINI-Index<sup>1</sup></b>	30,8	30,7	
<b>Arbeitslosigkeit<sup>2</sup></b>	6,8%	6,3%	7,1 %
<b>Gleichstellungsindex<sup>3</sup></b>	66,2 (2017)	67,4	67,9
<b>Armut trotz Erwerbstätigkeit<sup>4</sup></b>	9,4%	9,2%	
<b>Überbelegung von Wohnraum<sup>5</sup></b>	15,5%	15,6%	

## Ausgewählte Indikatoren zum Stand der sozialen Rechte in Europa

Fehlende Daten für 2020 sind zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Sozialrechtsmonitors 2021 nicht verfügbar

SOLIDAR ist ein europäisches und weltweites Netzwerk aus mehr als 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen (Civil Society Organisations, CSOs), die die grundlegenden Werte von Gleichheit, Solidarität und Teilhabe teilen. SOLIDAR setzt sich für einen gerechten Übergang und soziale Gerechtigkeit ein, insbesondere in Bezug auf eine ausgeglichene und faire Verteilung von Reichtum, Wissen, Einkommen und Macht mithilfe leicht zugänglicher und hochwertiger sozialer Angebote wie soziale Absicherung, lebenslanges Lernen und gerechte Arbeitsbedingungen.

Die Säule sozialer Rechte von SOLIDAR trägt den Titel „Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte für alle und mit allen“ und konzentriert sich auf die Stärkung der sozialen Dimension der Europäischen Union. Darin inbegriffen sind sowohl die Analyse und Überwachung der europäischen Arbeitsmärkte sowie der wirtschafts- und finanzpolitischen

Steuerung als auch die Förderung eines besseren Zugangs zu nachhaltigen, universellen und hochwertigen Angeboten für alle, einschließlich marginalisierter Gruppen, Migranten, Geflüchteten und Asylsuchenden.

Zu diesem Zweck beinhaltet die Säule sozialer Rechte von SOLIDAR den Sozialrechtsmonitor (Social Rights Monitor) – ein jährlicher Bericht zu den Auswirkungen der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf europäischer und nationaler Ebene. In der Veröffentlichung von 2021 wurden die folgenden 13 EU-Länder untersucht – Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Dänemark, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Luxemburg, Spanien, die Niederlande – sowie Großbritannien und die zwei EU-Beitrittskandidaten Serbien und Nordmazedonien. In jedem der 16 Länder richtete ein Mitglied oder Partner von SOLIDAR eine Strategieguppe (National Strategy Group) ein, die grundlegende

1 Eurostat (2021). Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens: [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?lang=en&dataset=ilc\\_di12](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?lang=en&dataset=ilc_di12)

2 Eurostat (2021). Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Alter: Jahresdaten: [https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une\\_rt\\_a&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une_rt_a&lang=en)

3 Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (2021). Gleichstellungsindex: <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2020/EU>

4 Eurostat (2021). Armutsquote trotz Erwerbstätigkeit: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tespm070/default/table?lang=en>

5 Eurostat (2021). Überbelegungsquote nach Alter, Geschlecht und Armutsstatus – Gesamtbevölkerung: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc\\_lvho05a/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_lvho05a/default/table?lang=en)

statistische Daten und Ergebnisse dank der Expertise von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wissenschaftlern, Gewerkschaftsmitgliedern und nationalen Experten zur Verfügung stellte.

Jedem Land ist ein Kapitel gewidmet und die Struktur des länderspezifischen Monitors spiegelt die Inhalte der Europäischen Säule sozialer Rechte wider.<sup>6</sup> Es gibt drei Rubriken: Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen sowie soziale Absicherung und Eingliederung. So kann SOLIDAR die Umsetzung der Inhalte der Sozialen Säule auf nationaler Ebene einfacher bewerten. Schlussendlich bewertet der Monitor zivilgesellschaftliche Freiräume anhand der Evaluierung der Freiheit zur Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit, des Rechts auf friedliche Versammlung sowie des zivilen und gesellschaftlichen Dialogs. In diesem Jahr schließen die Kapitel mit einem Abschnitt dazu ab, inwieweit die Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, die von der Europäischen Aufbau- und Resilienzfazilität finanziert wurden, beteiligt war. Diese abschließende Analyse ist nur in den Kapiteln zu den Mitgliedern der Europäischen Union enthalten.

Insgesamt ermittelt der Sozialrechtsmonitor 2021 eine allgemeine Tendenz, sich auf bestimmte Folgen der Corona-Pandemie zu konzentrieren. Die Pandemie hat nicht nur bestehende Ungleichheiten in den Ländern vergrößert, sondern auch die Folgen des Missmanagements öffentlicher Gelder, den Rückgang des allgemeinen Vertrauens in die Politik und Institutionen verstärkt und häufig soziale Konflikte und Unruhen verursacht. Sie bot der Zivilgesellschaft und organisierten Beschäftigten einen Anlass, neue Themen aktiv auf die Regierungsgagenden zu bringen, indem

die öffentlichen Behörden nachdrücklich dazu gezwungen wurden, sich mit drängenden Fragen zu beschäftigen, denen bisher keine Priorität eingeräumt worden war. Themen wie psychische Gesundheit und die digitale Kluft spielten eine entscheidende Rolle für die Zivilgesellschaft und Organisationen, und Regierungen in ganz Europa mussten sich mit der öffentlichen Verwaltung von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen beschäftigen. Die Pandemie bot Anlass, außerhalb der vorgegebenen Bahnen zu denken und alternative Formen für Arbeit, Lernen, Pendelei und zahlreiche weitere Bereiche zu entwickeln. Manchmal wurden integrative Lösungen gefunden, die vorher nicht möglich schienen. Nahezu jede Strategieguppe berichtet, dass die Einführung der Telearbeit die bemerkenswerteste Entwicklung in der Arbeitswelt gewesen sei, und möglicherweise zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben führt. Diese Maßnahme hatte einen positiven Effekt auf einige der vulnerabelsten Beschäftigungsgruppen, wie z. B. Menschen mit Behinderungen und alleinerziehende Eltern. Dennoch hatten Tele- und Onlineaktivitäten insbesondere bei benachteiligten Gruppen überwiegend negative Folgen, da diese für sie mehr Hindernisse statt Vorteilen bargen. Einige Kinder konnten beispielsweise ihr Grundrecht auf Bildung nicht ausüben, und als Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder geschlossen wurden, wurde das Arbeiten von zu Hause für Eltern zu einer großen Herausforderung. Darüber hinaus betrifft digitaler Analphabetismus vor allem ältere Menschen, denen es häufig an Unterstützung fehlt und die daher nicht auf grundlegende digitale Dienste zugreifen können. Diese neuen Entwicklungen müssen daher genau beobachtet und ständig verbessert werden, wenn sie faire und gerechte Gesellschaften für alle fördern sollen.

6 Europäische Kommission (2017) Europäische Säule sozialer Rechte: [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/economy-works-people/jobs-growth-and-investment/european-pillar-social-rights\\_en](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/economy-works-people/jobs-growth-and-investment/european-pillar-social-rights_en)

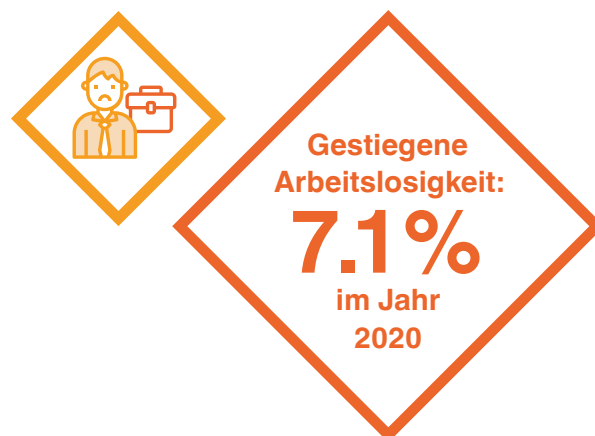
Die Krise hat alle hart getroffen und weltweit die Einkommensschere zwischen Arm und Reich vergrößert und darüber hinaus in Europa zu großen Entlassungswellen geführt. Die Arbeitslosenquoten haben besorgniserregende Höhen erreicht, mit zwei Millionen Arbeitslosen mehr in Europa zu Beginn des Jahres 2021 im Vergleich zum Vorjahr. Die Arbeitslosenquote stieg an (auf 8,0 %),<sup>7</sup> ebenso wie der Anteil von Menschen, die in Armut leben und sich keinen menschenwürdigen Wohnraum, hochwertige Lebensmittel, Bildung oder die grundlegende Gesundheitsversorgung leisten können. Von der Zivilgesellschaft und den zugehörigen Organisationen wurden Schutzkonzepte für Arbeitsplätze und Löhne eingefordert, jedoch nicht übergreifend umgesetzt, vielfach auf Kosten der Beschäftigten in den prekärsten Situationen. Junge Menschen, Migranten und Selbstständige blieben oft auf der Strecke. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und Inklusion wurden generell nicht priorisiert.

Während Gesellschaften in Europa und weltweit versuchen, sich von der Krise zu erholen, ist SOLIDAR der Auffassung, **dass man die Dynamik nutzen sollte, um anhand eines gerechten Übergangs den Fokus auf soziale Gerechtigkeit zu legen und progressive Ideen in der Politik auf europäischer und nationaler Ebene voranzutreiben.** Um dieses Ziel zu erreichen, bilden die Europäische Säule sozialer Rechte und der zugehörige, kürzlich verabschiedete Aktionsplan die entscheidenden Instrumente. In Zeiten wie diesen können SOLIDAR und die progressive Bewegung als Katalysator für einen grundlegenden Wandel hin zu einem gerechteren und grüneren Europa dienen. Unser Ziel ist ein solideres Fundament: Es ist an der Zeit, unsere Herangehensweise zu ändern und eine Europäische Union mit hohen sozialen Standards und fairen, menschenwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu entwickeln.

# Chancengleichheit und faire Arbeitsbedingungen

## BESCHÄFTIGUNG, PREKARITÄT UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Die 2019 und 2020 veröffentlichten Sozialrechtsmonitore zeigten langsame, aber positive Entwicklungen der sozialen Bedingungen, z. B. höhere Mindestlöhne in Spanien, Tschechien und Ungarn.<sup>8</sup> Einige Länder hatten sich jedoch noch nicht vollständig von der akuten Finanzkrise 2008 erholt. Die Pandemie stürzte Europa daher 2020 und 2021 in die schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg, die wahrscheinlich heftige und dauerhafte Folgen



<sup>7</sup> Eurostat (2021) Euroindikatoren – Arbeitslosigkeit: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563203/3-30072021-CP-EN.pdf/35dbf525-da32-809f-0f9d-cd36a271a760?t=1627633423854>

<sup>8</sup> Hollewijn, J. (2020) Europäische Trends. Sozialrechtsmonitor 2020: [https://www.solidar.org/system/downloads/attachments/000/001/186/original/European\\_Trends\\_FINAL.pdf?1607694969](https://www.solidar.org/system/downloads/attachments/000/001/186/original/European_Trends_FINAL.pdf?1607694969)

haben wird, von denen einige noch nicht einmal absehbar sind. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass sich viele Länder in den schwersten Phasen der Pandemie auf Maßnahmen verlassen haben, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeitet wurden, die in fast jedem analysierten Land Dienste zur Verfügung stellten und grundlegende Unterstützung boten. Übliche Aktionen in unterschiedlichen Ländern umfassten die Bereitstellung von Mahlzeiten und Unterkünften für arme oder obdachlose Menschen, die Übersetzung von Corona-Regeln in andere Sprachen, das Crowdfunding für digitale Tools, wie z. B. PCs, und vieles mehr. Dennoch **nahm die Arbeitslosigkeit zu und betraf 2020 7,1 % der EU-Bürgerinnen und -Bürger**<sup>9</sup> – im Vergleich zu 2019 war das ein Anstieg um mehr als einen Prozentpunkt. Länder außerhalb der EU waren ebenfalls betroffen. Trotz des Anstiegs der Beschäftigungsquote in Nordmazedonien in den vergangenen Jahren verlor das Land 2020 und 2021 6 Prozentpunkte.<sup>10</sup> Dasselbe gilt für Serbien, wo die Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal 2020 einen historischen Tiefstand erreichte, bevor sie danach wieder anstieg.<sup>11</sup> Die Mitgliedstaaten haben unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, um die negativen Folgen der Pandemie zu minimieren. Der größte Teil der Maßnahmen zielte darauf ab, Unternehmen vor dem Konkurs zu bewahren. Die zweithäufigsten Maßnahmen betrafen den Schutz von Einkommen und Beschäftigungsniveaus. Unter den analysierten Ländern verzeichneten Spanien, Griechenland und Ungarn den höchsten Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Beginn der Pandemie, wohingegen die Niederlande, Deutschland und Italien die geringsten Anstiege meldeten.<sup>12</sup> Für Italien könnte dies auf die Einführung des ersten vorübergehenden europäischen Entlassungsverbots im Februar

2020 zurückzuführen sein, wodurch tausende Arbeitsplätze erhalten werden konnten. Die Anzahl der Arbeitsstunden wurde jedoch in allen Ländern erheblich gesenkt, was Minderungen vieler monatlicher Einkommen zur Folge hatte. Von den in dieser Studie betrachteten Ländern zeigte Italien den deutlichsten Rückgang der Arbeitsstunden (-9,7 %), gefolgt von Griechenland (-7,9 %). Bei vulnerablen Gruppen, wie z. B. jungen Menschen, Selbstständigen und Arbeitnehmenden in prekären Situationen, verringerten sich die Arbeitsstunden am stärksten.



Nach wie vor sind immer noch zu viele Menschen in Europa von Prekarität und unsicheren Arbeitsbedingungen betroffen und die Situation hat sich auch im vergangenen Jahr nicht verbessert, da **die Anzahl von flexiblen Arbeitskräften, Plattformbeschäftigten und Selbstständigen zugenommen hat**. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist für junge Erwachsene, die am ehesten ihren Arbeitsplatz verloren haben, zu einer dauerhaften Realität geworden. Demnach gehörten junge Frauen im Alter von 18 bis 34 Jahre in ganz Europa zu der vulnerabelsten Gruppe von Beschäftigten. Die geringste Rate an Arbeitsplatzverlusten trat bei Männern im Alter von 35 bis 50 Jahren auf.<sup>13</sup> Viele Strategiegruppen, die an dieser Veröffentlichung mitgewirkt haben,

9 Eurostat (2021). Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Alter – Jahresdaten: [https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une\\_rt\\_a&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une_rt_a&lang=en)

10 Regierung der Republik Nordmazedonien, (2021), Erwerbstätige Bevölkerung: [https://www.stat.gov.mk/PrikaziSooostenie\\_en.aspx?rbtxt=98](https://www.stat.gov.mk/PrikaziSooostenie_en.aspx?rbtxt=98)

11 OPBC (2021) Arbeitskräfteerhebung: <https://publikacije.stat.gov.rs/G2021/PdfE/G20211239.pdf>

12 Eurofund (2021) Leben, Arbeiten und COVID-19: [https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef\\_publication/field\\_ef\\_document/ef20059en.pdf](https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef20059en.pdf)

13 Eurostat (2021). Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Alter – Jahresdaten: [https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une\\_rt\\_a&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une_rt_a&lang=en)

merkten zudem an, dass junge Menschen, die in den Arbeitsmarkt einsteigen, benachteiligt sind, da Ausbildungsmöglichkeiten aufgrund der Telearbeitsbedingungen drastisch zurückgegangen sind.

Besorgniserregend ist, dass die Ergebnisse dieser Studie nahelegen, dass Errungenschaften sozialer Standards der vergangenen zehn Jahre verloren gehen könnten. Die Beschäftigungsniveaus benachteiligter Personen und von Gruppen in prekären Situationen (junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, Frauen, LGBTQI+, Migrantinnen und Migranten) scheinen am stärksten betroffen zu sein. Ein Grund dafür ist, dass die eingeführten Abstandsmaßnahmen erhebliche Auswirkungen auf Industriezweige hatten, in dem ein hoher Frauenanteil beschäftigt ist. Zudem stieg die Arbeitslosigkeit unter Frauen deutlich stärker als während der Rezession 2008. Darüber hinaus erhöhte die Schließung von Schulen und anderen Betreuungseinrichtungen den Bedarf an Kinderbetreuung enorm, wobei eine unverhältnismäßige Auswirkung bei arbeitenden Eltern, insbesondere Frauen, auftrat.

Die Pandemie führte zu einer Besserstellung einiger Berufe, vor allem in Bereichen, die sich als wesentlich für das Funktionieren der Gesellschaft während dieser Krise gezeigt haben. Zu den Beschäftigten in diesen Bereichen zählte Bildungs- und Forschungspersonal (Lehrer, Assistenten, Professoren, Wissenschaftler, Kulturvermittler und Mitarbeitende von Bildungseinrichtungen) sowie Personal im Gesundheitswesen (Pflegekräfte, Sozialpflegekräfte, Ärzte und nichtmedizinisches Personal). Das eindrucksvollste Beispiel stammt aus Serbien, wo alle Beschäftigten im Gesundheitswesen, die sich während des Notstands freiwillig gemeldet hatten, eingestellt wurden. In Deutschland wurde eine Gehaltserhöhung für Beschäftigte im Gesundheitswesen und

in der Pflege erfolgreich durch einen neuen Tarifvertrag verhandelt: Die Gewerkschaften erzielten eine Erhöhung von 1,4 % für alle Beschäftigten ab 1. April 2021 und eine weitere Erhöhung von 1,8 % ab 2022.<sup>14</sup> In Frankreich erzielten die Gewerkschaften im Juni 2020 nach Demonstrationen und Streiks ebenfalls eine Gehaltserhöhung für Beschäftigte im Gesundheitswesen.<sup>15</sup>

## BILDUNG

Der Bildungsbereich stand in den kritischsten Phasen der Pandemie so stark im Blickfeld wie noch nie zuvor. Um die Ausbreitung des Coronavirus zu verringern, beschlossen die meisten Länder, Schulen, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen vorübergehend zu schließen und den Unterricht und Kurse im März 2020 online durchzuführen.

Auch wenn die Wissensvermittlung durch Online-Unterricht und digitale Plattformen nachweislich aufrechterhalten werden konnte, führte dies zu weiteren Ungleichheiten und Diskriminierung von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie Lernenden. In allen analysierten Ländern **wurden mehr vulnerable Schülerinnen und Schüler** – z. B. die digitale Tools oder einen Internetzugang gemeinsam mit anderen teilen mussten, nicht über eine angemessene Lernumgebung verfügten oder keine Hilfe von ihren Eltern aufgrund von Sprach- oder digitalen Barrieren bekamen – **häufig abgehängt**. In Europa mangelt es mehr als 40 % der Menschen an digitaler



14 EPSU (2021) Deutschland: Aktuelle Vereinbarung zur Gehaltserhöhung im Gesundheitswesen und in der Pflege: <https://www.epsu.org/article/germany-latest-agreement-boost-pay-health-and-care>

15 BBC (2020) Coronavirus: Beschäftigte im Gesundheitswesen in Frankreich erhalten Gehaltserhöhungen in Höhe von insgesamt 8 Mrd. €: <https://www.bbc.com/news/world-europe-53398208>

Kompetenz.<sup>16</sup> Kinder sowie Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder spezifischen Bildungsbedürfnissen hatten durch die Schulschließungen keinen Kontakt mehr zu ihren Betreuungspersonen. Zudem waren Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Verhältnissen eher von Belastungen im familiären Umfeld betroffen, die erhebliche negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit und Entwicklung haben. Im Durchschnitt besuchen 5,7 % der jungen Europäer zwischen 18 bis 24 Jahre weder die Schule, befinden sich in einem Anstellungsverhältnis noch absolvieren sie eine Ausbildung (NEET), wobei die höchsten Quoten in Spanien mit 9,7 % und Bulgarien mit 8,7 % liegen.<sup>17</sup>

Die Strategiegruppen zeigen auf, dass die nationalen Bildungssysteme auf diese plötzliche Veränderung nicht vorbereitet waren. Viele Schulsysteme in Europa und darüber hinaus setzten zunehmend Online-Lernplattformen ein, die von privaten Unternehmen angeboten wurden. In Griechenland empfahl die Regierung, dass die Schulen und Bildungseinrichtungen Webex einsetzen sollten – eine Online-Plattform, die von einem privaten, US-amerikanischen Unternehmen stammt. Privatwirtschaftliche Lösungen neigen dazu, Bildungsqualität und akademische Freiheit zu untergraben, und es werden Bedenken zu Datenschutzbestimmungen und Gewinnmaximierungsbestrebungen der Unternehmen aufgeworfen.<sup>18</sup> Die SOLIDAR-Strategiegruppen fordern daher mehr Open-Source-Ressourcen und digitale Schulungen für Lehrer und Lernende, die ihre Rechte und Risiken kennen müssen, die sich durch digitale Online-Bildungstools ergeben. Während der Pandemie gab es in Serbien einige gute Praxisbeispiele, als eine gemeinnützige Stiftung

kostenlose Grundschulbücher im PDF-Format anbot.

## GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Die fragilen Errungenschaften bei der Gleichstellung der Geschlechter in den vergangenen Jahren sind unter Umständen durch die in der Pandemie aufgetretene geschlechtsbezogene Gewalt, geschlechterspezifischen Rollen u.a. in puncto Hausarbeit und Versorgungsarbeit, und den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen von Frauen, rückgängig gemacht worden. Demnach sanken die Beschäftigungsniveaus von Frauen schneller als die von Männern, und durch die Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder wurden geschlechtsspezifische Stereotypen verstärkt und hatten eine überproportional starke Auswirkung auf arbeitende Mütter. Im Durchschnitt stand die kontinuierliche Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit in den vergangenen Jahren stets geschlechtsspezifischen Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt gegenüber, und in einigen Wirtschaftszweigen werden niedrigere Löhne gezahlt und es gibt weniger soziale Absicherung als in anderen Bereichen. In sämtlichen analysierten Ländern sind Frauen bei Zeitarbeits- und Teilzeitkräften und bei Beschäftigten in prekären Situationen überdurchschnittlich stark vertreten. Für Migranten, alleinerziehende Mütter und junge Frauen stieg die Wahrscheinlichkeit während der Pandemie erheblich an, von Armut bedroht zu sein. **In allen Ländern wird ersichtlich, dass Fürsorgepflichten und Arbeiten im Haushalt ungleich verteilt sind. Dies schränkte die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, in der Politik und am gesellschaftlichen Leben häufig ein** – insbesondere während

16 Frank, A. (2020) Citizenship and Lifelong Learning Monitor 2020 (Monitor 2020 für Bürgerschaft und lebenslanges Lernen): <https://www.solidar.org/en/publications/citizenship-and-lifelong-learning-monitor-2020>

17 Eurostat (2021) Distribution of early leavers from education and training 2020 (Verteilung von Schul- und Ausbildungsabrechern 2020): [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/7/7e/Distribution\\_of\\_early\\_leavers\\_from\\_education\\_and\\_training\\_aged\\_18-24\\_by\\_labour\\_status%2C\\_2020\\_%28%25\\_of\\_population\\_aged\\_18-24%29.png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/7/7e/Distribution_of_early_leavers_from_education_and_training_aged_18-24_by_labour_status%2C_2020_%28%25_of_population_aged_18-24%29.png)

18 Für eine detailliertere Datenanalyse der Auswirkungen der Pandemie auf die Privatisierung der Bildung siehe: SOLIDAR Foundation (2021) The Commodification of Education and the Prevalence of For-Profit Education Stakeholders (Bildung als Ware und Zunahme gewinnorientierter Akteure im Bildungsbereich): [https://www.solidar.org/system/downloads/attachments/000/001/374/original/SOLIDAR\\_Foundation\\_Policy\\_Paper\\_on\\_the\\_Commodification\\_of\\_Education\\_October\\_2021.pdf?1633423601](https://www.solidar.org/system/downloads/attachments/000/001/374/original/SOLIDAR_Foundation_Policy_Paper_on_the_Commodification_of_Education_October_2021.pdf?1633423601)

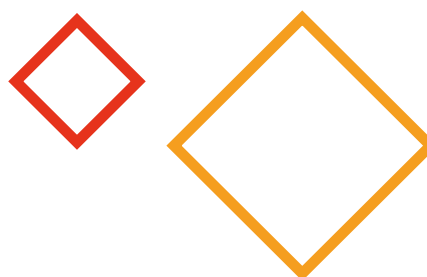


der Schulschließungen. In Ungarn sind 95 % der Regierungsministerinnen und -minister sowie 100 % der Vorstandsmitglieder von Forschungsförderungsorganisationen Männer.<sup>19</sup> In Frankreich sind 80 % der Personen, die die Arbeiten des täglichen Haushalts übernehmen, Frauen.

Die Europäische Kommission hat sich zu einer gleichberechtigteren und gerechteren europäischen Gesellschaft verpflichtet, insbesondere im Rahmen der Präsidentschaft von Ursula von der Leyen, aber vieles bleibt in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung noch zu tun. Im Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte wurde das Ziel festgelegt, bis 2030 eine Beschäftigungsquote von 78 % zu erreichen und den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschied im Vergleich zu 2019 zu halbieren.<sup>20</sup> Der Europäische Gleichstellungsindex

gibt jedoch an, dass es im derzeitigen Tempo mehr als 60 Jahre dauern wird, bis eine vollständige Gleichstellung der Geschlechter erreicht wird,<sup>21</sup> was die Dringlichkeit zeigt, ehrgeizigere Gleichstellungsmaßnahmen in ganz Europa zu verfolgen. Zudem ist es ernüchternd festzustellen, dass obwohl das Beschäftigungsziel der Strategie Europa 2020 nahezu erreicht wurde – es fehlen nur noch 3 Prozentpunkte<sup>22</sup> – die geschlechtsspezifische Diskrepanz in allen europäischen Ländern hoch bleibt.

Im November 2020 verabschiedete die Europäische Union ihre erste europäische Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für 2020-2025.<sup>23</sup> Sie setzte sich für die Verabschiedung einer Nichtdiskriminierungsrichtlinie ein und unternahm einige wichtige Schritte zur Erzielung der Gleichstellung, zur Gewährleistung der Sicherheit von LGBTIQ+ Personen und zum Aufbau integrativer Gesellschaften in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. In den Niederlanden war kürzlich ein kleiner Erfolg zu verzeichnen: Dort werden ab 2024 alle Geschlechtseinträge (x, m, w) von Personalausweisen und Dokumenten entfernt. Dadurch wird es einfacher, Gleichheit von und Achtung vor allen Geschlechteridentitäten und -merkmalen zu fördern, ebenso wie die Anerkennung der LGBTIQ+ Gemeinschaft voranzutreiben.



19 EIGE (2021) Gleichstellungsindex 2020 – Ungarn: <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2020/HU>

20 Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte (2021): <https://op.europa.eu/webpub/empl/european-pillar-of-social-rights/en/>

21 EIGE (2021) Gleichstellungsindex 2020: <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2020/>

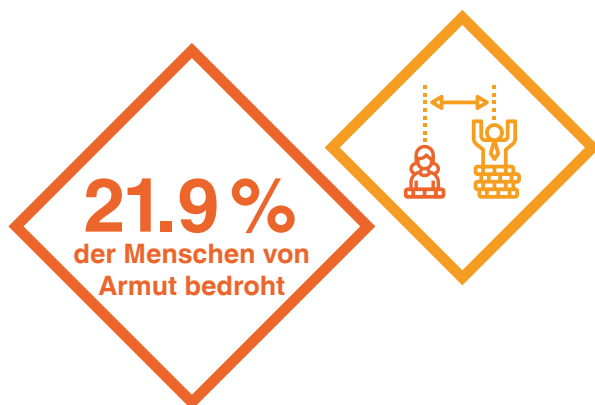
22 In der Strategie Europa 2020 wurde das Beschäftigungsziel für 2020 auf 75 % der Bevölkerung festgelegt, während die Beschäftigungsquote in Europa Ende 2020 72 % betrug. Die Strategie kann online abgerufen werden (S. 3): <https://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20EN%20BARROSO%20%20%200007%20-%20Europe%202020%20-%20EN%20version.pdf>

23 Europäische Kommission (2020) Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025: [https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/lgbtiq\\_strategy\\_2020-2025\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/lgbtiq_strategy_2020-2025_en.pdf)



# Soziale Absicherung und Eingliederung

Die Corona-Pandemie hat uns an viele Aspekte des täglichen Lebens erinnert, die häufig unbemerkt bleiben. Sie hat tief verwurzelte Ungleichheiten an die Oberfläche gebracht und uns gezeigt, wie wichtig es ist, Räume und Dienstleistungen wertzuschätzen und zu unterstützen, die oft als selbstverständlich gelten. Dazu zählen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, Gesundheitssysteme, die für die körperliche und psychische Gesundheit sorgen, gut funktionierende Fürsorgesysteme und Systeme der sozialen Sicherheit, um Armut und soziale Ausgrenzung zu verringern, sowie Angebote zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Insgesamt waren die Auswirkungen der Pandemie für den Großteil der Menschen einschneidend und betrafen die meisten Aspekte des täglichen sozioökonomischen Lebens in Europa und weltweit. Viele Strategiegruppen forderten eine Gesundheitsversorgung für alle – darunter Migrantinnen und Migranten sowie Menschen ohne Papiere – und die Einführung einer zugänglichen Gesundheitsversorgung bei psychischen Erkrankungen.



## ANSTIEG DER ARMUT, VERGRÖßERUNG DES WOHLSTANDSGEFÄLLES

**Das Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich hat sich in den Jahren 2020 und 2021 dramatisch vergrößert**, und es gab einen beunruhigenden Anstieg bei der Anzahl der in Armut lebenden Menschen und der Anzahl der Milliardäre. Während 21,9 % der EU-Bevölkerung 2020 von Armut bedroht war – davon mehr als 33 % in Bulgarien, mehr als 25 % in Griechenland und Spanien und mehr als 30 % in Estland und Deutschland<sup>24</sup> – stieg das Gesamtvermögen europäischer Milliardäre auf nahezu 3 Billionen €. <sup>25</sup> Das bedeutet, dass die reichsten Menschen von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abgeschirmt waren und die Belastungen von Personen mit mittlerem und niedrigerem Einkommen getragen wurden. In Deutschland lebt der größte Anteil an reich gewordenen Milliardären. In Frankreich hingegen konnte im genannten Jahr ein Anstieg des Verkaufs von Luxusgütern und Modewaren beobachtet werden. Gleichzeitig beantragten mehr Menschen in Europa Hypotheken und Mietzuschüsse und es gab unmittelbare Reaktionen auf die Verknappung von bezahlbarem Wohnraum und der Überbelegung von Wohnraum, die als Hauptprobleme in den meisten analysierten Ländern angegeben wurden. Von der Überbelegung, bei der Menschen nicht in geschützten Räumen leben können, die wichtig für die geistige und körperliche Gesundheit sind, waren 39,5 % der Bevölkerung in Bulgarien, 36,2 % in Kroatien und 29,1 % in Griechenland betroffen. <sup>26</sup> Selbst arbeitende

24 Eurostat (2020) Von Armut bedrohte Personen 2020: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:People\\_at\\_risk\\_of\\_poverty\\_2020\\_WEB1\\_FINAL.png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:People_at_risk_of_poverty_2020_WEB1_FINAL.png)

25 Forbes (2021) 2021 Liste der Milliardäre weltweit: <https://www.forbes.com/billionaires/>

26 Eurostat (2021). Überbelegungsquote nach Alter, Geschlecht, und Armutsstatus – Gesamtbevölkerung: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc\\_lvho05a/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_lvho05a/default/table?lang=en)

Europäerinnen und Europäer konnten sich keinen grundlegenden Lebensstandard leisten: Mehr als 9 % der Berufstätigen in Europa waren von Armut bedroht, mit Höchstwerten von 11,8 % in Spanien und Luxemburg, gefolgt von 10,6 % in Deutschland und 10,5 % in Estland.<sup>27</sup>

## MIGRANTEN, GEFLÜCHTETE UND ASYLSUCHENDE

In den analysierten Ländern verschlechterte sich die Situation für Migranten, Geflüchtete und Asylsuchende im Laufe der Jahre 2020 und 2021. Diese Gruppe von Menschen befindet sich aufgrund langwieriger bürokratischer Verfahren, Sprachbarrieren und Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft bereits in einer prekären Lage, und zählt zu den Gruppen, die den Folgen eines Konjunkturerinbruchs am stärksten ausgeliefert sind. Die Pandemie hat sich negativ auf den internationalen Reiseverkehr ausgewirkt und die Zuwanderung in verschiedene europäische Länder ging zurück. Gleichzeitig übte die schwere Rezession, die durch die Pandemie verursacht wurde, zusätzlichen Druck auf bestehende Konflikte weltweit aus und verschärfte diese häufig noch. Migrationsbewegungen fanden daher weiterhin statt, ggf. innerhalb von Ländern oder in Nachbarländer.<sup>28</sup> Zudem versuchten einige Länder, die Zuwanderung soweit wie möglich zurückzuhalten. Griechenland beispielsweise genehmigte Anfang 2020 die kontroverse Maßnahme zum Schließen seiner Außengrenzen und zur Aussetzung der Verfahren für Asylbewerber. Die Situation von Migranten, Geflüchteten und Asylsuchenden, die in europäischen Ländern leben, ist jedoch auch nicht leichter: Sie litten unter diskriminierender Behandlung und ihnen wurde

oftmals der Zugang zu grundlegenden Diensten verweigert. Das wurde besonders anhand der Versorgung mit Impfstoffen in ganz Europa deutlich, bei der häufig Migrantinnen und Migranten ohne Papiere oder Menschen, die auf die Genehmigung ihrer Unterlagen warteten, ausgeschlossen wurden. Dies war der Fall in Frankreich, Dänemark und den Niederlanden. Diese Situation, zusammen mit den Maßnahmen zum Abstandhalten und der Aussetzung von Aktivitäten vieler zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Bereich der Aufnahme von Migranten, Geflüchteten und Asylsuchenden tätig waren, verhinderte die Integration der Gruppen und verschlechterte den gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

Die Europäische Kommission legte auf europäischer Ebene ihren Aktionsplan für Integration und Inklusion vor, ein Strategieplan für den Zeitraum 2021-2027. Er basiert auf dem vorherigen Aktionsplan (von 2016) und will sich bestehenden Herausforderungen stellen, insbesondere denen, die auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungsbereich und beim Zugang zu öffentlichen Diensten auftreten. Das übergreifende Konzept des Plans ist jedoch die Integration, die als gemeinsame Anstrengung von bestehenden Gemeinschaften und Neuankömmlingen gleichermaßen verstanden wird, die den sogenannten European Way of Life zum Ausdruck bringen sollte.<sup>29</sup>

## ZUGANG ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG

Über die Jahre 2020 und 2021 hinweg standen europäische Gesundheitssysteme wie nie zuvor im Mittelpunkt der politischen und organisatorischen Debatten. Sie wurden in

27 Eurostat (2021). Armutsquote trotz Erwerbstätigkeit: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tespm070/default/table?lang=en>

28 [1] International Centre for Migration Policy Development ICMPD (2020) ICMPD Migrationsausblick 2021: [https://www.icmpd.org/file/download/50542/file/ICMPD\\_Migration\\_Outlook\\_2021\\_final.pdf](https://www.icmpd.org/file/download/50542/file/ICMPD_Migration_Outlook_2021_final.pdf)

29 Europäische Kommission (2020) Pressemitteilung – Inklusion für alle: Kommission legt Aktionsplan für Integration und Inklusion 2021-2027 vor: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_20\\_2178](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_2178)

Europa und weltweit zu einem häufigen Gesprächsthema, da stabile, für alle zugängliche, gut funktionierende öffentliche Gesundheitssysteme grundlegend für die Bemühungen waren, die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Die Pandemie warf ein Schlaglicht auf viele Schwachstellen, insbesondere in Ländern, in denen Krankenhausbetten und medizinisches und nichtmedizinisches Personal fehlten. Dies galt für Italien, Spanien und Großbritannien, wo die Sterblichkeit aufgrund von Corona am höchsten war. Unter nahezu allen analysierten Ländern bestanden geografische Ungleichheiten: In ländlichen und benachteiligten Gebieten ist es schwieriger, eine hochwertige oder spezifische Versorgung zu erhalten.

Zuletzt hoben die SOLIDAR-Strategiegruppen die Verschlechterung der psychischen Gesundheit aufgrund der unvorhergesehenen Situation hervor, die Stress und Unsicherheit verursachte, und zu Verlust, Trauer, Armut, Angst und fehlenden sozialen Kontakten führte. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen fordern daher die dringende Entwicklung öffentlicher und zugänglicher psychologischer Unterstützungssysteme. In den meisten Ländern ist die psychische Gesundheitsversorgung derzeit ein Luxus, den sich nur eine Minderheit der Bevölkerung leisten kann. Zudem zeigten in Italien durchgeführte Forschungen, dass Symptome von Depressionen bei jungen Menschen exponentiell zunahmen, die zudem bei von Armut bedrohten Personen häufig überdurchschnittlich stark vertreten sind.



# Zivilgesellschaftliche Freiräume

Nach der in dieser Veröffentlichung durchgeführten Analyse **sind zivilgesellschaftliche Freiräume aufgrund unvorhergesehener Einschränkungen eben dieser und grundlegender Freiheiten, die 2020 und 2021 verabschiedet wurden, kleiner geworden.** Die gemeinsame größte Sorge der SOLIDAR-Strategiegruppen ist, dass die Einschränkungen, die auferlegt wurden, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, langfristig negative Auswirkungen auf grundlegende Rechte haben könnten. Auch wenn es außer Frage stand, dass die Einschränkungen oftmals notwendig waren, um die Pandemie zu bremsen, ist es dennoch besorgniserregend, dass einige davon intransparent ausgearbeitet oder umgesetzt wurden. Bei einigen wurden die Grundsätze der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit nicht beachtet. Insgesamt wurde bei Protesten und öffentlichen Demonstrationen häufig der Einsatz von Gewalt und rechtswidrige Festnahmen von Polizeikräften beobachtet. Dies trifft zu auf Griechenland, Deutschland, Frankreich, Serbien, Großbritannien, Ungarn und die Niederlande.<sup>30</sup> Im Verlauf des Jahres kamen bei den größten Demonstrationen überall in Europa Menschen zu den Themen Klimakrise, Corona-Maßnahmen und der Black Lives Matter (BLM)-Bewegung zusammen. Die BLM-Bewegung bildete sich nach dem Mord an George Floyd durch einen Polizisten in Minneapolis im Mai 2020 und stieß auf enorme Resonanz in den USA und weltweit.

Zudem kann von den länderspezifischen Monitoren in dieser Veröffentlichung geschlossen werden, dass einige Maßnahmen, die zivilgesellschaftliche Freiräume beschränkt haben, asymmetrische Auswirkungen auf unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen hatten, häufig kamen tief verwurzelte Formen der Diskriminierung wie unter einem Vergrößerungsglas zum Vorschein. Die Durchsetzung der Lockdown-Maßnahmen, z. B. die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, betraf die vulnerabelsten Gruppen überproportional stark und führte zu weiterer Ausgrenzung, Stigmatisierung und sogar Gewalt. In Italien, Spanien und Großbritannien wurden obdachlose Menschen mit Geldstrafen belegt, weil sie die Quarantänevorschriften nicht eingehalten hatten.<sup>31</sup> Polizeikontrollen trafen unverhältnismäßig häufig bestimmte ethnische Gruppen. In Großbritannien wurden im März 2020 7,2 von 1.000 Schwarzen Menschen angehalten, im April – dem ersten Monat der Pandemieeinschränkungen – jedoch 9,3 von 1.000.<sup>32</sup> Ähnliche Daten wurden in Frankreich gemeldet, wo im Département Seine-Saint-Denis, einem Arbeiterviertel mit einem hohen Einwandereranteil, die Anzahl der Geldstrafen doppelt so hoch war wie im Landesdurchschnitt.<sup>33</sup>



30 Diese Informationen, die in den länderspezifischen Monitoren dieser Veröffentlichung mitgeteilt wurden, werden von Berichten der Strategiegruppen gestützt sowie von der Analyse von Amnesty International (2020) „Policing the Pandemic – Human rights violations in the enforcement of covid-19 measures in Europe“ (Kontrolle der Pandemie – Menschenrechtsverstöße bei der Durchsetzung von Corona-Maßnahmen in Europa) (online abrufbar unter <https://www.amnesty.eu/wp-content/uploads/2020/06/Report-Policing-the-pandemic-FINAL-.pdf>)

31 Amnesty International (2020) „Policing the Pandemic – Human rights violations in the enforcement of covid-19 measures in Europe“: <https://www.amnesty.eu/wp-content/uploads/2020/06/Report-Policing-the-pandemic-FINAL-.pdf>

32 UK Metropolitan Police (2021) Disaggregated data September 2019 – September 2021 (Aufgeschlüsselte Daten der britischen Metropolitan Police): [https://www.met.police.uk/sd/stats-and-data/met/stop-and-search-dashboard/?\\_\\_cf\\_chl\\_captcha\\_tk\\_\\_=p-md\\_ThVjFBuHOHGogmqxX0bnryyYg9Fs9PjQ4jPLs.vPw-1634643028-0-gqNtZGzNA1CjcnBszQh9](https://www.met.police.uk/sd/stats-and-data/met/stop-and-search-dashboard/?__cf_chl_captcha_tk__=p-md_ThVjFBuHOHGogmqxX0bnryyYg9Fs9PjQ4jPLs.vPw-1634643028-0-gqNtZGzNA1CjcnBszQh9)

33 Le Parisien (2020) Coronavirus en Seine-Saint-Denis : un nombre record d'amendes: <https://www.leparisien.fr/seine-saint-denis-93/coronavirus-en-seine-saint-denis-un-nombre-record-d-amendes-police-et-justice-durcissent-le-ton-19-03-2020-8284008.php>

# Europäische Aufbau- Und Resilienzfazilität

Im Mai 2020 gab die Europäische Kommission den sogenannten NextGenerationEU Corona-Wiederaufbauplan bekannt, ein Instrument über 750 Mrd. € zur Unterstützung des sozio-ökonomischen Aufbaus in der EU und anderen Teilen Europas. Herzstück des Plans ist die Aufbau- und Resilienzfazilität, die Reformen in vielen Teilen Europas bis Ende 2026 finanzieren wird. Die Fazilität fordert die einzelnen EU-Mitgliedstaaten auf, einen nationalen Aufbau- und Resilienzplan (nRRP) zur Annahme auf europäischer Ebene zu erstellen. Jeder nRRP muss eine Beschreibung enthalten, wie das jeweilige Land die europäischen Zuschüsse oder Darlehen ausgeben möchte, um sich von der Krise zu erholen und höhere sozioökonomische Standards zu erreichen. Der Plan muss dem Prinzip der Geschlechtergleichstellung und sechs festgelegten Politikbereichen folgen, darunter ökologischer und digitaler Wandel, gesellschaftlicher und territorialer Zusammenhalt, sozioökonomische Resilienz und Bildung.

Der SOLIDAR-Sozialrechtsmonitor 2021 untersucht, inwieweit zivilgesellschaftliche Organisationen in der Entwurfsphase dieser nationalen Aufbau- und Resilienzpläne eingebunden wurden. Die Strategiegruppen berichteten in fast jedem Land, dass die Auswirkungen der Corona-Krise den gesellschaftlichen und zivilen Dialog erheblich beeinflusst haben. In vielen der analysierten Länder wurde ein Ausnahmezustand ausgerufen, der zu weniger transparenten und weniger inklusiven politischen Entscheidungsprozessen aufgrund der Ausnahmesituation und der Notwendigkeit führte, neue Maßnahmen schnell zu

verabschieden. Dies wurde von der organisierten Zivilgesellschaft und Arbeitnehmerschaft nicht positiv aufgenommen, insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitung der nRRPs. Artikel 18(4) (q) der Aufbau- und Resilienzfazilitätsverordnung verpflichtet Regierungen, offene Konsultationen mit Sozialpartnern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen relevanten Akteuren durchzuführen, um deren Beiträge bei den Plänen zu berücksichtigen. **Das war in keinem der analysierten Länder – zumindest nicht in aussagekräftiger und strukturierter Form – der Fall.** Insgesamt stimmen die Ergebnisse des diesjährigen Sozialrechtsmonitors in Bezug auf die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Entwicklung der nRRPs mit den Ergebnissen einer kürzlich durchgeführten Befragung vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) überein. Darin hieß es, dass die Konsultationsprozesse „wenig zufriedenstellend in Bezug auf die berechtigten Forderungen der Zivilgesellschaft sind, selbst in Bezug auf die in der Aufbau- und Resilienzfazilitätsverordnung festgelegten Bedingungen.“ SOLIDAR bedauert, zu dieser Einschätzung kommen zu müssen, insbesondere angesichts der entscheidenden Rolle, die der Zivilgesellschaft während der Notsituation zukam, und das nicht ausgeschöpfte Potenzial, innovative und sozial gerechte Maßnahmen zu fördern, die bei der Bewältigung der Krise helfen können. Wir fordern die nationalen Behörden auf, den zivilen und gesellschaftlichen Dialog während der Umsetzungsphase der nRRPs zu stärken und bitten die EU-Behörden dringend, diesen Prozess eng zu begleiten.

**VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:**

Mikael Leyi

**AUTORIN:**

Beatrice di Padua

**KOORDINATION DER VERÖFFENTLICHUNG:**

Carlos Roldán Mejías, Giorgia Gusciglio, Martina Corti

**REDAKTION:**

Sebastian Moffett

**ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN:**

TL TRANSLATIONES GmbH

**GRAFIKDESIGN:**

Maximilian Fischer

**BEITRÄGE VON:**

Institute for Social Integration (Bulgaria), Centre for Peace Studies (Croatia), Forum for International Cooperation (Denmark), MKC Praha (Czechia), Johannes Mihkelson Centre (Estonia), ONG OGBL Solidarité Syndicale (Luxembourg), CEMÉA (France), Ligue de l'Enseignement (France), Association for the Social Support of Youth (Greece), PGA-Hungary (Hungary), Associazione Ricreativa e Culturale Italiana (Italy), Community Development Institute (North Macedonia), Initiative for Development and Cooperation (Serbia), Eudamonia (the Netherlands), VolontEurope (the UK and Germany), Movimiento por la Paz (Spain)



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen spiegeln nicht notwendigerweise die Haltung oder Meinung der Europäischen Kommission wider.

**solidar**



**FEPS**  
FOUNDATION FOR EUROPEAN  
PROGRESSIVE STUDIES



© FEPS 2021  
© SOLIDAR 2021